



## SPD UND JUSOS SCHLAGEN NACHTBUSSE VOR

Auch nachts noch gut, sicher und günstig nach Hause

>>> Wer nachts ohne Auto vom Hennefer Bahnhof zurück in die vielen Stadtteile und Dörfer möchte, hat schnell ein Problem. Die SPD schlug deshalb nun in Zusammenarbeit mit den Jusos ein Nachtbusssystem für Hennef vor. Über Nachtbuslinien und einzelne Taktverlängerungen soll in den Nächten am Wochenende und vor Feiertagen ein großer Teil des Stadtgebietes angebunden werden. „Das wäre gerade für junge Henneferinnen und Hennefer ein echter Gewinn, um auch

nachts noch gut, sicher und günstig nach Hause zu kommen“, so der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Mario Dahm.

Die Stadtverwaltung zeigte sich von der Idee zunächst wenig begeistert. Bürgermeister Pipke (CDU) schrieb, dass Nachtbusse zu „Irritation und Verwirrung“ führten, weil sie anders fahren als der Linienverkehr am Tag. Im Planungsausschuss machte die SPD-Fraktion deutlich, dass Nachtbusse in

anderen Städten längst erfolgreich eingesetzt werden und erreichte, dass der Prüfauftrag an die Stadtverwaltung nicht schon zu Beginn unnötig auf nur einzelne Taktverlängerung eingeschränkt wurde. Diese können für die SPD allenfalls ein erster Schritt sein, um das Nahverkehrsangebot auch in den Abend- und Nachtstunden nachhaltig zu verbessern. Der Ausschuss beschloss schließlich einstimmig, den SPD-Antrag weiter zu verfolgen.

## NUR WENIGE FRAUEN IM RAT

SPD: Straße nach erster Hennefer Ratsfrau benennen

>>> Mit bunten Rosen und einem Aktionsflyer machte die Hennefer SPD zum Weltfrauentag auf den niedrigen Frauenanteil von nur 23,4% im Hennefer Stadtrat aufmerksam. Einzig die SPD-Ratsfraktion hat einen annähernd gleich großen Anteil an Frauen und Männer. Vier von sechs Ratsfraktionen kommen ganz ohne Frauen aus. Damit stellen nur SPD und CDU weibliche Ratsmitglieder. „Es kann nicht sein, dass Frauen in politischen Gremien im Jahr 2019 immer noch so klar unterrepräsentiert sind“, erklärte die Hennefer SPD-Vorsitzende, Hanna Nora Meyer.

Viele Passantinnen und Passanten reagierten erstaunt bei der Betrachtung der Zahlen. Außerdem nutzte die SPD den Aktionsstand, um mit der vorübergehenden Anbringung eines Straßenschilds auf ihren Antrag aufmerksam zu machen, eine Straße im Stadtgebiet nach der ersten Frau im Hennefer Rat zu benennen. „Das wäre ein gutes Zeichen“, findet Meyer. Als die Sozialdemokratin Elisabeth Schreck 1946 als erste Frau in die Hennefer Gemeindevertretung gewählt wurde, war Politik in Hennef noch eine rein männliche Angelegenheit.



(v.l.) Veronika Herchenbach-Herweg, Mario Dahm, Simone Löffel und Hanna Nora Meyer

## MARTIN SCHULZ BEGEISTERTE IN HENNEF

Beim „Europa-Frühstück“ der SPD in der Meys Fabrik warb Schulz für mehr Europa

>>> Dass der ehemalige Präsident des Europa-Parlaments, Martin Schulz, einer der überzeugtesten und überzeugendsten Vorkämpfer der europäischen Zusammenarbeit ist, wissen viele. Wie sehr er für Europa brennt, zeigte Schulz beim „Europa-Frühstück“ der SPD, zu dem er in die Hennefer Meys Fabrik gekommen war. Vor rund 130 Gästen machte Schulz klar, dass an einer stärkeren Zusammenarbeit in Europa kein Weg vorbeiführe, wenn man international eine Stimme

haben und die Herausforderungen der Zeit erfolgreich lösen möchte. Auf drei zentrale Felder spitzte der ehemalige SPD-Vorsitzende die Herausforderungen zu: Frieden, Umwelt, Demokratie. Europa habe seine zentrale Funktion der Friedenssicherung in einer Weise erfüllt, dass es vielen heute selbstverständlich erscheine, als Partner statt als Feinde zu leben. Diese Aufgabe bliebe aber immer zentral. Vor allem jüngere Menschen würden zurecht einfordern, dass sie

auch in Zukunft noch in einer intakten Umwelt leben können. Schulz forderte, verbindlichen Klimaschutz in der EU gemeinsam voranzubringen und auch gegenüber anderen Ländern durchzusetzen. Auch der Einsatz für Demokratie sei wichtiger denn je, denn Rechtspopulismus bedrohe die EU und sei ein Irrweg zurück in den nationalen Egoismus. Es gehe bei der Europawahl darum, die EU demokratischer, sozialer und effizienter zu machen und somit zu stärken.

## GUTE PFLEGE IN HENNEF

SPD hatte zum siebten „Hennef-Forum“ geladen

>>> „Die Pflege ist besser als ihr Ruf“ – mit dieser Feststellung startete Hajo Noppeney (Curanum) in die Diskussion. Die SPD bot mit dem Hennef-Forum wieder einen Raum für den Austausch zwischen Kommunalpolitik, Bürgerinnen und Bürgern und eingeladenen Expertinnen und Experten. Dass es immer schwieriger wird, einen Pflegeplatz zu finden, liege vor allem am Fachkräftemangel, stellte Christian Tölle, Wohnbereichsleiter im Kurhaus, heraus. Dazu

trage das schlechte gesellschaftliche Bild der Altenpflege bei. Welche Baustellen die Stadt Hennef bearbeiten muss, machte die 17-jährige Auszubildende Jana Golombek deutlich. Wegen des schlechten Nahverkehrsangebots käme sie am Wochenende nicht zu ihren Fröhschichten. Alle Experten konnten ähnliche Probleme schildern, vor allem auch die Schwierigkeit für Mitarbeiter, in Hennef eine bezahlbare Wohnung zu finden. Mehr auf: [www.spd-hennef.de](http://www.spd-hennef.de)

## INHALT DIESER AUSGABE

Die Ideen der SPD für ein **sozialeres Europa** Seite 2

SPD-Kreistagsfraktion kämpft für Erhalt der **Stichwahlen** in NRW Seite 3

Ein **Nachtbusssystem** für Hennef Seite 4

Mehr **Frauenpower** im Hennefer Stadtrat Seite 4

# MITEINANDER

#EUROPAISTDIEANTWORT



**Unsere Spitzenkandidatin  
Katarina Barley**



„Hast Du einen Opa, schick' ihn nach Europa“ - dieser Spruch hat längst ausgedient! Mit Justizministerin Katarina Barley hat die SPD eine erfahrene Ministerin als Spitzenkandidatin für die Europawahl nominiert und unterstreicht so die Bedeutung der Wahl am 26. Mai. Barley ist Europäerin durch und durch und besitzt einen deutschen und einen britischen Pass. Europa hat keinen Mangel an Widersachern – aber viel mehr Menschen in Europa wollen ein starkes Europa. Für diese Menschen will Katarina Barley eine starke Stimme sein.

>>> Die europäische Union ist der bedeutendste politische Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts: Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, Zusammenarbeit und politische Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg. Europa ist die Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Doch der europäische Gedanke wird durch Rechtspopulismus und Nationalismus bedroht. Bei der Europawahl am 26. Mai geht es darum, die Europäische Union zu verteidigen, indem wir sie sozialer und demokratischer machen.

### Gemeinsam mehr erreichen

Unsere Antwort auf „America First“ ist „Europe United“. Europa muss international mit einer starken Stimme sprechen, um unsere Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit effektiv zu vertreten. Kein Mitgliedsstaat alleine hat das nötige Gewicht. Eine Zusammenarbeit ist angesichts der Aufkündigung von Abrüstungsabkommen nötiger denn je. Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur gemeinsam lösen. Wir brauchen einen verbindlichen EU-weiten Klimaschutz, eine effektive Bekämpfung von Plastikmüll, mehr Verbraucherschutz und IT-Sicherheit sowie eine gemeinsame, menschliche Migrationspolitik.

### Europa der sozialen Sicherheit

Wir wollen ein Europa der sozialen Sicherheit und eine Angleichung der Lebensbedingungen in der EU. Das ist Friedenssicherung nach innen. Euro-

paweite, länderspezifische Mindestlöhne sollen für eine faire Entlohnung sorgen. In Deutschland bedeutet dies einen höheren Mindestlohn von zwölf Euro. Um Europa zu einer echten Sozialunion zu machen, setzen wir uns für gemeinsame Standards der Sozialsysteme ein. Mit einem Fonds zur Rückversicherung wollen wir Länder in Krisensituationen unterstützen, damit nicht bei den Schwächsten gekürzt wird. Die Jugendarbeitslosigkeit werden wir entschlossen bekämpfen.

### Kampf für Steuergerechtigkeit

Großkonzerne und Internet-Giganten wie Google oder Facebook machen Milliarden Gewinne, zahlen aber kaum Steuern. Um Steuerdumping zu Lasten der Allgemeinheit zu bekämpfen, wollen wir Mindeststeuersätze für Unternehmen in der EU festsetzen und eine Digitalsteuer einführen. So sollen alle ihren fairen Beitrag leisten. Eine neue Finanztransaktionssteuer soll mehr Investitionen z. B. in strukturschwache Regionen, Forschung und Infrastruktur ermöglichen.

### Austausch fördern

Europa muss erlebbar sein. Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Deshalb wollen wir den europäischen Austausch stärker fördern. Alle Europäerinnen und Europäer unter 25 Jahren sollen entsprechende Angebote wahrnehmen können.

**Darum am 26. Mai:  
Europa stärken, SPD wählen.**

## KEIN DEMOKRATIEABBAU IN NRW!

>>> „Unsere Resolution im Kreistag ist erfolgreich auf den Weg gebracht. Die Stichwahl bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen in NRW muss erhalten bleiben“, so Dietmar Tandler, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. „Es ist wichtig, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte von einer wirklichen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler getragen werden.“

Gegen die Stimmen der CDU konnte sich die SPD mit ihrer Resolution im Kreistag durchsetzen. „Mit weniger Demokratie will sich die schwarz-gelbe Koalition in NRW mehr Macht in den

Rathäusern sichern. Das ist ein Angriff auf unsere gelebte Demokratie. Die deutschlandweit einmalige Abschaffung der Stichwahl wird zu einer geringeren Auswahlmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger führen“, erläutert

### „CDU-Trickserei am Wahlrecht“

Ute Krupp, Fraktionsgeschäftsführerin. Die CDU erhoffe sich so, mehr Rathäuser zu gewinnen bzw. zu halten.

CDU und FDP hatten die Stichwahlen schon 2007 abgeschafft. Die rot-grüne

Landesregierung führte sie 2011 wieder ein. Hintergrund war, dass bei der Kommunalwahl 2009 in einigen Kommunen Kandidaten gewannen, die weniger als ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinen konnten. Bei einer Stichwahl treten in einem zweiten Wahlgang die beiden bestplatzierten Bewerber an. So erhält der gewählte Amtsträger eine höhere Legitimation durch die Wählerinnen und Wähler.

Im Landtag stimmten CDU und FDP im April dennoch für die Abschaffung der Stichwahlen. Die SPD in NRW wird nun gegen diese CDU-Trickserei am Wahlrecht Klage einreichen.



## EINKLANG ZWISCHEN GESUNDHEIT UND LEBENSQUALITÄT

### Gesundheitsversorgung im ländlichen Rhein-Sieg-Kreis

>>> „Die Idylle des Landarztes im Fernsehen hat wenig mit dem Alltag eines Landarztes im Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam“, so begann Dietmar Tandler seine Begrüßungsrede anlässlich einer Podiumsdiskussion der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema Gesundheitsversorgung und Lebensqualität im ländlichen Raum.

Nach einem Impulsvortrag von Dr. Alexander Wilhelm, Staatssekretär aus dem rheinland-pfälzischen Sozial- und Gesundheitsministerium, diskutierten Experten aus dem Rhein-Sieg-Kreis mit ihm über Möglichkeiten, wie z. B. dem Ärzte- und Pflegekräftemangel begegnet werden könne, der angesichts des demografischen Wandels immer gravierender wird. Interessant war die von Hermann Allroggen (Kivi e.V.) erwähnte Studie zwischen dem Zusammenhang von Einsamkeit und steigender Pflegebedürftigkeit im Alter. Der Verein Kivi e.V. versucht, präventiv Pflegebedürftig-

keit zu vermeiden und vermittelt Ehrenamtliche, die ältere, alleinstehende Menschen unterstützen und aus der Einsamkeit holen. Ein anderer Ansatz ist das in Rheinland-Pfalz praktizierte Modell „Gemeindeschwestern plus“, das Dr. Wilhelm vorstellte. Diese Gemeindeschwestern leisten ebenfalls eine präventive Arbeit, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Außerdem können sie Ärzte bei vielen Aufgaben entlasten. Diese Entlastung ist dringend notwendig, so Dr. Klaus Rösing vom Ärztenetzwerk aus Eitorf. Er bilde seit Jahren angehende Hausärzte aus, finde aber seit zwei Jahren keine Bewerber mehr. Die Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid, Nicole Sander, berichtete beispielhaft, was Kommunen und der Kreis konkret tun können, um mehr Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte zu schaffen, damit sie sich auf dem Land niederlassen, etwa über Zuschüsse für Praxisübernahmen.

## FERIENBETREUUNG AN DEN FÖRDERSCHULEN

„Endlich! Der erste Schritt für eine Ferienbetreuung an den Förderschulen ist getan“, so die Vorsitzende des Kreis-Schulausschusses Veronika Herchenbach-Herweg. Seit geraumer Zeit steht die Sozialdemokratin in Kontakt mit Eltern, die auch für ihre Kinder eine Ferienbetreuung einfordern. Der Schulausschuss beauftragte die Verwaltung nun einstimmig, ein Ferienbetreuungs-Pilotprojekt für die Sommerferien 2019 vorzubereiten. An vielen Regelschulen ist eine Ferienbetreuung für Kinder, die eine Offene Ganztagschule besuchen, selbstverständlich. Denn, wer hat schon drei Monate Urlaub im Jahr?

Mit dem Pilotprojekt sollen Erfahrungen gesammelt werden. Die Förderschulen haben einen großen Einzugsbereich. Das Problem der Schülerbeförderung ist daher ebenso zu lösen, wie das einer adäquaten Betreuung durch Fachpersonal. „Jetzt sind wir auch im Förderschulbereich auf dem Weg, die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusetzen“, so Dietmar Tandler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.